

Öffentliche Konflikte und Debatten rund um Polen

Lang, Christine

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lang, C. (2012). Öffentliche Konflikte und Debatten rund um Polen. In *Probleme mit Polen? Polenbezogene Ressentiments in Vorpommern* (S. 21-25). Waren (Müritz): Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-338545>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Öffentliche Konflikte und Debatten rund um Polen

Christine Lang

Im Zuge der EU-Erweiterung, der Aufhebung der Grenzkontrollen und der Arbeitnehmerfreizügigkeit wurden die Grenzen zwischen Polen und Deutschland in den letzten Jahren sukzessive abgebaut. Die Lebenswelten der Menschen auf beiden Seiten der Grenze rücken damit zunehmend näher aneinander. In Mecklenburg-Vorpommern steigt die Nachfrage nach polnischen Fachkräften und Auszubildenden; polnische Ärztinnen und Ärzte sind zu unverzichtbaren Stützen der ländlichen Gesundheitsversorgung geworden und mehr und mehr Polen zieht es auch zum Wohnen in das östliche Vorpommern. Konfliktfrei laufen diese Entwicklungen nicht ab. Im Gegenteil: Regelmäßig wird in „den Polen“ und der Nähe zu Polen eine Ursache von aktuellen Problemen gesehen – ein gefundenes Fressen für die rechtsextreme Szene, die besonders eifrig solche Konflikte schürt und damit antipolnische Ressentiments mobilisiert.

Die öffentlichen Debatten und Konflikte rund um Polen und „die Polen“ in der grenznahen Region können besonders an vier Themen festgemacht werden, welche im Folgenden beschrieben werden sollen. Sie unterscheiden sich in ihren Erscheinungsformen, sind teils lokal begrenzt, teils von größerer Reichweite. Gemeinsam ist diesen Debatten und Konflikten, dass an ihnen ablehnende und feindliche Haltungen gegenüber Polen öffentlich sichtbar werden. Polenfeindliche Ressentiments treten hier in unterschiedlicher Art und Weise auf: hauptsächlich in rechtsextremen Pa-

rolen, zum Teil aber auch direkt in den Äußerungen und Einstellungen der Menschen. Dabei wird deutlich, dass für die Dynamik des öffentlichen Diskurses nicht nur die Mobilisierung durch die NPD oder die rechtsextreme Szene eine Rolle spielt. Darüber hinaus sind die mediale Berichterstattung sowie der Umgang der demokratischen Akteure mit bestehenden Problemen von großer Bedeutung dafür, wie sich öffentliche Konflikte rund um Polen und die polnischen Nachbarn entwickeln.

Der Zuzug von Polen

Ein erster häufiger Gegenstand öffentlicher Alltagsdiskussionen ist der Zuzug polnischer Bürgerinnen und Bürger in die deutsche Grenzregion – hauptsächlich in den 11 km von der Grenze entfernten Ort Löcknitz und die umliegenden Dörfer. Seit dem EU-Beitritt Polens im Jahr 2004 ist die Zahl polnischer Einwohnerinnen und Einwohner im Amt Löcknitz-Penkun auf über 850 gestiegen (7,2 Prozent der Gesamtbevölkerung); im gesamten Gebiet des ehemaligen Landkreises Uecker-Randow wohnen inzwischen über 1.200 polnische Staatsangehörige, das sind 1,5 Prozent der dortigen Bevölkerung.¹ Der Bürgermeister von Löcknitz kommt häufig in den Medien zu diesem Thema zu Wort und betont die Vorteile, die der Zuzug aus dem Nachbarland für den Ort mit sich bringt: kein Wohnungsleerstand mehr, gut ausgelastete Schulen und Kindergärten, wirtschaftlicher Aufschwung.

1 Vgl. Krajewski, Christian: *Wohnmigrations- und Integrationsprozesse von Polen im deutschen Grenzgebiet der Euroregion Pomerania: Ausdruck von Suburbanisierungstendenzen der Metropole Stettin?* Projektbericht, Institut für Geographie, WWU Münster 2011.

Doch diese Ansicht wird nicht überall geteilt. Der Zuzug von Polen trifft in Löcknitz und Umgebung auf eine starke rechtsextreme Szene. Immer wieder wurden in Löcknitz in den letzten Jahren Autos mit polnischen Kennzeichen beschädigt und polenfeindliche oder rechtsextreme Parolen an Hauswände geschmiert.² Die „Hochphase“ solcher gegen Polen gerichteter Übergriffe wurde in den Jahren 2007 bis 2009 registriert. Aber die Situation hat sich nur scheinbar beruhigt. Im Mai 2011 wurde beispielsweise wieder ein polnisches Auto demoliert und im Juli ein 20 Meter langer Schriftzug „Polacken raus. Deutschland den Deutschen“ an eine Mauer gesprüht.³

Die Ablehnung der neuen polnischen Nachbarn zeigt sich jedoch nicht nur in öffentlich sichtbaren Handlungen. „Es verschiebt sich ein bisschen in den Alltag“, meint Regine Krüger-Finke vom Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Greifswald der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e.V.⁴ Der Alltag, das sind zum Beispiel Diskussionen und Beschwerden darüber, dass auch polnische Bürgerinnen und Bürger Sozialleistungen in Deutschland bekommen. Auch unter Jugendlichen sind polenfeindliche Ressentiments und eine ablehnende Haltung beispielsweise gegenüber polnischen Mitschülern – ebenso wie rechtsextreme Einstellungen – wahrnehmbar. In der Öffentlichkeit der Region ist dies jedoch kaum ein Thema.

Äußert öffentlichkeitsbedacht ist beim Thema Zuzug von Polen dagegen die NPD, die die Präsenz polnischer Bürgerinnen und Bürger in der Region für ihre Kam-

pagnen gegen eine „Polonisierung“⁵ nutzt. Die im Jahr 2009 bundesweit bekannt gewordenen NPD-Wahlplakate mit der Parole „Polen-Invasion stoppen“ hingen dementsprechend bevorzugt im Raum Löcknitz. Immer wieder stellt die rechtsextreme Partei auch detaillierte Anfragen im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, um Informationen zur Lebenssituation, zum Erhalt von Sozialleistungen oder zur Kriminalitätsrate zugezogener Polen im (ehemaligen) Landkreis Uecker-Randow zu bekommen.⁶

Die Bundesstraße 104

Ebenfalls in Löcknitz konzentriert sich ein weiterer Konflikt. Mitten durch den Ort verläuft die Bundesstraße 104, die in westlicher Richtung über Pasewalk quer durch Mecklenburg-Vorpommern führt und in östlicher Richtung zum Grenzübergang Linken und nach Polen. Auf der Straße ist viel Schwerlastverkehr unterwegs, der entsprechenden Lärm verursacht. Inwieweit der Verkehr mit dem Wegfall der Grenzkontrollen im Jahr 2007 zusammenhängt, ist dabei umstritten. Auch über die Ursache des starken Verkehrsaufkommens gibt es unterschiedliche Ansichten. Während die einen behaupten, es handle sich um den Versuch, die Autobahn-Maut zu umgehen, halten andere dagegen, dass die Bundesstraße der direkte Weg zu den Zielen der LKWs sei. Klar ist jedoch, dass sich die Anwohner durch den Lärm belästigt fühlen und die Politik Schwierigkeiten hat, eine Lösung zu finden. Vorschläge wie die Erhebung einer Maut, ein Nachtfahrverbot, eine Tonnage-Begrenzung oder eine Umgehungsstraße scheiterten an fehlenden Voraussetzungen und eingeschränkten politischen Handlungsmöglichkeiten, an den Inte-

2 Vgl. LOBBI e.V., *Chronologie rechter Gewalt*, <http://www.lobbi-mv.de/> (Zugriff: 15.7.2011).

3 Vgl. Nordkurier, 19.5.2011 und 20.7.2011.

4 Gespräch mit Regine Krüger-Finke, Mitarbeiterin am Regionalzentrum für demokratische Kultur Südvorpommern, 14.7.2011.

5 Zum Begriff „Polonisierung“ siehe auch den Artikel von Niels Gatzke in dieser Broschüre.

6 Vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Parlamentsdatenbank, <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/> (Zugriff: 20.7.2011).

ressen der regionalen Wirtschaft oder der lokalen Gemeindevertreter.⁷ Daher wurde bisher nur eine nächtliche Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h festgelegt, die aber nicht zur gewünschten Reduzierung des Lärms führte, ebenso wenig wie Schilder am Ortseingang, welche die LKW-Fahrer auf Deutsch und Polnisch darum bitten, Rücksicht zu nehmen.

Das Problem ist allerdings nicht nur der Verkehr, sondern auch das Gefühl der Menschen, von der Politik im Stich gelassen zu werden. Selbst der ehemalige Landrat von Uecker-Randow, Volker Böhning, gesteht eine mangelnde Kommunikation mit den Betroffenen vor Ort ein. In einer Kreistagsrede im Dezember 2010, in der er die Schwierigkeiten darlegt, eine befriedigende Lösung für das Problem des Verkehrslärms an der B 104 zu finden, stellte er fest: *„Die Tatsache, dass diese klare Botschaft in dieser Form nicht an die Bürgerinnen und Bürger gerichtet wurde, ist für die augenblickliche massive Verstimmung sicherlich mitverantwortlich.“*⁸ Diese „massive Verstimmung“ nutzt die NPD, um sich als Sprachrohr für die Unzufriedenheit der Anwohner zu profilieren. Sie gibt dem Konflikt um die Bundesstraße einen ausländischer- und polenfeindlichen Anstrich, indem sie betont, dass es sich um *„überwiegend ausländische LKWs“* oder LKWs *„vorwiegend mit polnischem Kennzeichen“* handle.⁹ Öffentlichkeitswirksam aufgegriffen wurde das Thema von der NPD vor allem mit einer Demonstration in Löcknitz im Dezember 2010, bei der sie die Schließung des Grenzübergangs Linken für den Schwerlastverkehr forderte. Neben rund 100 Neonazis kam zu dieser Demonstration auch eine kleine Gruppe Löcknitzer. Die NPD scheint bei einigen Betroffenen also

Erfolg mit ihrer Strategie zu haben, sich als Kümmerer darzustellen. *„Die NPD ist die einzige Partei, die mir zuhört“*, meint ein besonders aktiver Löcknitzer Bundesstraßengegner, der schon Unterschriften gegen den Schwerlastverkehr gesammelt hat.¹⁰ Der Konflikt um die Bundesstraße ist damit eine gute Gelegenheit für die Rechtsextremen, ihre rassistische und polenfeindliche Propaganda zu verbreiten.

Arbeitnehmerfreizügigkeit

Das Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit stand insbesondere zu Beginn des Jahres 2011 auf der Agenda der öffentlichen Debatten rund um Polen. Am 1. Mai 2011 erhielten nach mehrjähriger Übergangsfrist auch Angehörige der mittelosteuropäischen EU-Mitgliedsländer, darunter Polen, die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit in Deutschland. Die bis dahin geltenden Zugangsbeschränkungen zum deutschen Arbeitsmarkt fielen damit weg.

Die Debatte wurde und wird in erster Linie von rechtsextremer Seite angeführt und mit antipolnischen Schlagworten versehen. Die einschlägigen Hauswurf-Postillen und Informationsportale propagieren die *„Überschwemmung durch Fremdarbeiter“* und warnen vor *„einer Million Polen“*, die *„in den Startlöchern“* stehen, um nach Deutschland zu *„strömen“*.¹¹ Die Arbeitnehmerfreizügigkeit war auch Thema eines NPD-Aufmarsches am 1. Mai 2011, der passend zum Anlass und zum bevorstehenden Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern in Greifswald stattfand. Das Motto der Demonstration: *„Unsere Heimat – unsere Arbeit! Fremdarbeiterinvasion stoppen“*. Auf der

7 Vgl. der Bericht des Landrats Volker Böhning, in: *Landkreis Uecker-Randow: Niederschrift über die 7. Sitzung des Kreistages am 6. Dezember 2010*, S. 36ff.

8 Ebd., S. 39.

9 Z. B. <http://www.npd-fraktion-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=515&mid=7>
http://www.npd-mv.de/uploads/documents/2010/20101123_b104.pdf (Zugriff: 20.7.2011).

10 Olaf Sundermeyer: *NPD will Grenze zu Polen schließen*, http://endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=6052:npd-will-grenze-zu-polen-schlie%C3%9Fen&Itemid=428 (Zugriff: 20.7.2011).

11 Hier: *Der Uecker-Randow-Bote*, Ausgabe 1/2011, S. 1.

anderen Seite bemühten sich vor dem 1. Mai 2011 Arbeitsmarktexperten und demokratische Politiker, Einschätzungen zu den möglichen Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf die grenznahe Region zu geben. In den öffentlichen Äußerungen zum Thema dominierte dabei die Betonung der Chancen der Arbeitnehmerfreizügigkeit, verbunden mit der Hoffnung, dass polnische Fachkräfte und Auszubildende die wachsende Zahl freier Stellen in der Region besetzen könnten. Zugleich wurde aber bezweifelt, dass es mangels attraktiver Arbeitsmöglichkeiten viele polnische Arbeitskräfte in den grenznahen Raum ziehen werde.¹² Das Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit war außerdem Anlass, die generellen Vorteile der Nähe zu Polen – zur „Metropolregion Stettin“ – für die wirtschaftliche Zukunft der strukturschwachen Region herauszustreichen.¹³

Die Debatte über die Arbeitnehmerfreizügigkeit fand hauptsächlich in der politischen Öffentlichkeit statt. Im Alltag der Menschen vor Ort spielte sie offenbar weniger eine Rolle.¹⁴ Inwieweit die Argumente der demokratischen Seite die Bevölkerung erreichten und als Gegenpositionen zur rechtsextremen Mobilisierung von Ängsten vor polnischer Zuwanderung wahrgenommen wurden, ist schwer zu beurteilen.

Kriminalität in der Grenzregion

Die Diskussion über steigende Kriminalität in der Grenzregion erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt im Frühjahr 2011. Zentraler Schauplatz war dabei die Insel Usedom. Seit dem Wegfall der Grenzkontrollen Ende 2007, im Zuge des Beitritts Polens zum Schengen-Raum, soll die Kriminalität in der Region spürbar an-

gestiegen sein, so die öffentliche Meinung. Zwischenzeitlich berichteten die lokalen Zeitungen fast täglich von Einbrüchen oder Diebstählen von Maschinen, Autos und Metall. Nicht selten erwähnten sie dabei, gegen wen sich der Tatverdacht richtet: „*Teurer Mini-bagger gestohlen und in Polen gefunden*“, lautete beispielsweise eine Schlagzeile der Ostsee-Zeitung vom 12.5.2011. Am 16.5. wurde in der Meldung über einen „*Europaweit gesuchten Autodieb*“ ebenfalls darauf hingewiesen, dass der „*Tatverdächtige aus Polen*“ stammt, und am 26.5. schrieb die Ostsee-Zeitung von „*fünf polnischen Ladendieben*“, die im Grenzgebiet festgenommen wurden.¹⁵ In der Bevölkerung wurden schon früher Beschwerden über wachsende Kriminalität laut. In einer Gemeindevertretersitzung im August 2010 beispielsweise bezeichnete der Bürgermeister von Kamminke auf Usedom, laut einem Bericht der Ostsee-Zeitung, die Kriminalität als „besorgniserregend“ und die Bewohner forderten, dass die Herkunft der gefassten Täter genannt werde.¹⁶ Auf solche Beschwerden wurde jedoch von den zuständigen Stellen bei Polizei und Innenministerium lange Zeit kaum reagiert.

Die NPD sprang dagegen massiv auf das Thema Kriminalität auf. Die Homepage des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern und das rechtsextreme Onlineportal „MUP-info“ listen nicht nur akribisch Beispiele der „*ausufernden Grenzriminalität*“ – selbstverständlich mit Hinweisen auf „*polnische Diebesbanden*“ gespickt – auf. Die Rechtsextremen nutzen für ihre Propaganda außerdem die Zurückhaltung der demokratischen Akteure zum Thema Kriminalität und stellen sich als die wahren Aufklärer dar. Triumphierende Schlagzeilen lauten „*Polizeistatistik lässt sich nicht mehr schön*“ oder „*Grenz-Kriminalität: NPD-Vermutungen be-*

12 „Bedenken beiderseits der Grenze“, Nordkurier, 21.1.2011.

13 „Stettin wird wichtiger Partner für Wirtschaft in MV“, Ostsee-Zeitung, 9.3.2011.

14 Vgl. z. B. Interview mit Gerd Walther, Kreisvorsitzender von DIE LINKE Peene-Uecker-Ryck, Bürgermeister der Gemeinde Vogelsang-Warsin, Vorsitzender des Vereins Tacheles e. V, 1.6.2011; Telefoninterview mit Rechtsextremismus-Experte Günther Hoffmann, 23.5.2011.

15 Ostsee-Zeitung, 12.5.2011, 16.5.2011, 26.5.2011.

16 „Bürger empört: Diebstahl nimmt Überhand“, Ostsee-Zeitung, 1.9.2010.

stätigt“.¹⁷ Deutliche Kritik äußert der Rechtsextremismus-Experte Günther Hoffmann am Umgang der offiziellen Stellen mit der Kriminalitäts-Problematik: „Man lässt quasi unwidersprochen die NPD das Thema besetzen“. Aus Angst vor polenfeindlichen Ressentiments redeten die demokratischen Akteure um den heißen Brei herum und mieden eine sachliche Auseinandersetzung mit dem offensichtlich existierenden Problem.¹⁸

Zunächst nahmen sich im März 2011 zivilgesellschaftliche Akteure des Themas an. In Bansin auf Usedom veranstalteten die Historische Gesellschaft und der Handwerker- und Gewerbeverein eine Podiumsdiskussion über „Grenzüberschreitende Kriminalität“. Dazu waren neben Bürgern und Gemeindevertretern auch Vertreter der deutschen und polnischen Polizei eingeladen. Die Bürgerinnen und Bürger kritisierten dabei laut Presseberichten vor allem die aus ihrer Sicht mangelnde Polizeipräsenz auf Usedom.¹⁹ In der Folge griffen schließlich auch die zuständigen Akteure das Thema auf – nachdem zwischenzeitlich selbst innerhalb der Polizei Kritik am bisherigen Vorgehen laut geworden war.²⁰ Im April erließ das Polizeipräsidium Neubrandenburg ein „umfangreiches Maßnahmenpaket“ zur lange geforderten Ausweitung der Polizeipräsenz.²¹ Weitere Schritte waren die Einrichtung eines Präventionsrats in Heringsdorf, der sich unter anderem mit den Themen Sicherheit und deutsch-polnische Be-

ziehungen befasst, sowie eine Informationsveranstaltung des Polizeipräsidiums Neubrandenburg zur „Sicherheitslage auf der Insel Usedom“. Daran nahm auch der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier, teil und demonstrierte so, dass die Politik sich der Problematik annehmen werde. Im November 2011 veranstaltete der Präventionsrat gemeinsam mit dem Projekt *perspektywa* der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V. eine umfangreich in der Gemeinde beworbene Beratungsbörse, welche sich mit der Kriminalität im Grenzraum auseinandersetzte, praktische Tipps gab, interessierte Bürger sensibilisierte und einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion in der Gemeinde leistete.

Hat sich der Konflikt damit beruhigt? Das Polizeipräsidium Neubrandenburg betonte im Juli 2011 in einer Pressemeldung, dass die Einbrüche und Diebstähle zurückgegangen seien und die polizeilichen Maßnahmen also Erfolg gezeigt hätten.²² Doch objektive Zahlen und subjektive Eindrücke klaffen weiterhin auseinander. Gemeindevertreter erklärten, laut einem Pressebericht, dass die Kriminalität nicht gesunken sei, überdies soll es in der Bevölkerung Forderungen nach der Wiedereinführung der Grenzkontrollen geben.²³ Forderungen, die der NPD wohl sehr gelegen kommen, lässt sie doch ebenfalls nicht nach, die „Grenzkriminalität“ anzuprangern.

17 Vgl. <http://www.npd-mv.de> (Zugriff: 05.09.2012).

18 Telefoninterview mit Günther Hoffmann, 23.5.2011.

19 „Usedomer Bürger beklagen Freifahrtschein für Ganoven“, Ostsee-Zeitung, 23.3.2011.

20 „Kriminalität nimmt zu – wann endlich wachen die Verantwortlichen auf?“, Bund deutscher Kriminalbeamter, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 18.5.2011, <http://www.bdk.de/lv/mecklenburg-vorpommern/aktuelles/kriminalitaet-nimmt-zu-2013-wann-endlich-wachen-die-verantwortlichen-auf> (Zugriff: 20.7.2011).

21 Pressemeldung des Polizeipräsidiums Neubrandenburg: Informationsveranstaltung des Polizeipräsidiums Neubrandenburg am 23. Mai 2011 in Heringsdorf zum Thema „Sicherheitslage auf der Insel Usedom“, http://www.polizei.mvnet.de/cms2/Polizei_prod/Polizei/de/start/index.jsp?&pid=28022 (Zugriff: 20.7.2011)

22 Pressemeldung: „Polizeipräsidium Neubrandenburg warnt vor Hysterie – Wohnungseinbruchsdiebstähle auf der Insel Usedom auf niedrigstem Stand seit Jahresbeginn!“, 15.7.2011, http://www.polizei.mvnet.de/cms2/Polizei_prod/Polizei/de/start/index.jsp?&pid=29271 (Zugriff: 20.7.2011).

23 „Ruf nach Grenzkontrollen im Nordosten“, ndr, 15.7.2011, <http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/grenzkontrollen151.html> (Zugriff: 20.7.2011).